

ZEUGENSCHAFTLICHES

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
Forschbach, Edmund.RA u.Vertrauter E.Jungs	321	II	
katalogisiert Seite: 1-5 Sachkatalog:	Personen: Forschbach, Edmund,RA Jung, Edgar, Widerstandskämpfer Papen, Franz v. RKzl. II-Verh.z.Jung,E. Papen, Franz v. RKzl. III [1934 Juni 17] Mariaux, Dr.Franz.Vertr.d.Ullstein-Vlgs.		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: 15 - 16 Sachkatalog:	Personen: Forschbach, Edmund. RA Mariaux, Dr. Franz Bose, Herbert v. Tschirschky, Franz Günther v.		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Abschrift

Köln, den 31.1.1947

Kat. Mei

Eidesstattliche Versicherung.

Als Rechtsanwalt ist mir die Bedeutung einer vor Gericht oder vor einer zur Abnahme von Eiden berechtigten Behörde abgegebenen eidesstattlichen Versicherung bekannt.

Auf Anforderung versichere ich zur Verwendung vor der Nürnberger Spruchkammer in dem Verfahren gegen den ehemaligen Vizekanzler Franz v. Papen folgendes an Eides Statt:

Ich, der unterzeichnete Rechtsanwalt, Edmund Forschbach, geboren zu Dortmund am 11.12.1903, z.Zt. wohnhaft in Köln-Lindenthal, Universitätsstr. 31, bin niemals Mitglied der NSDAP gewesen. Der SA gehörte ich von August 1933 bis März 1934 an. Ich bin aus der SA freiwillig ausgeschieden. Dem Deutschen Reichstag gehörte ich von November 1933 bis Anfang Juli 1934 an. Als Folge der Ereignisse des 30. Juni 1934 wurde ich damals von dem ehemaligen Reichsminister des Innern, Dr. Frick, aus dem Reichstag ausgeschlossen. Seit dieser Zeit wurde ich von der NSDAP und dem nationalsozialistischen Staat als politisch unzuverlässig angesehen und wiederholt von der Gestapo verfolgt.

Mit dem am 30. Juni 1934 ermordeten Dr. Edgar J. Jung verband mich seit dem Jahr 1928 eine enge Freundschaft. Vor allem gehörte ich von 1933 ab bis zu seinem Tode zu seinem engsten Freundeskreis. Zu Franz von Papen habe ich, abgesehen von einer Begegnung am 24. Februar 1933, niemals persönliche Beziehungen gehabt, wohl bin ich aber durch meine Beziehungen zu Edgar Jung über dessen Verhältnis zu Herrn von Papen genauestens unterrichtet, da mir Edgar Jung über seine Verbindung mit Papen ständig in vertraulichen Gesprächen erzählte. Ich kann daher Nachfolgendes mit aller Bestimmtheit und Sicherheit aussagen:

Edgar Jung hat fast alle Reden verfasst, die Papen im Februar und Anfang März 1933 gehalten hat. Manche dieser Reden

Institut für Geschichte

habe ich im Manuskript von Edgar Jung eher gelesen, als sie Papen zu Gesicht kamen.

Vom 20. bis zum 23. März 1933 hat Edgar Jung wiederholt eindringlich Papen auf die verhängnisvollen Folgen, die das Ermächtigungsgesetz für das gesamte deutsche Schicksal haben würde, hingewiesen. Er hat vor allem Papen darauf aufmerksam gemacht, dadurch, dass er zustimme, dass das Promulgations- und Publikationsrecht des Reichspräsidenten auf den Reichskanzler übertragen werde, er (Papen) sich selbst als sogenannter "homo regius" mit dieser Maßnahme kaltstelle.. Die Beweisführung Edgar Jung's fand bei Papen überhaupt kein Verständnis.

Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes hat Jung Papen ständig und laufend über das bekanntgewordene ungesetzliche Verhalten des NSDAP und ihrer Formationen unterrichtet. Jung hat mir über diese Gespräche mit Papen manche Einzelheiten erzählt und dabei auch geschildert, wie oberflächlich die Dinge durch Papen aufgefasst und behandelt wurden. Den Totalitätsansprüchen der Nazis leistete Papen schon in diesem Zeitpunkt kaum einen Widerstand, trotzdem manche Möglichkeit hierzu vorhanden gewesen wäre. Z.B. legte Edgar Jung ihm einen Plan zur Sicherung des Ulstein-Verlages gegen Zugriffe der Nazis vor. Dieser Plan ist von Papen in keiner Weise beachtet worden.

Von Frühjahr 1934 sammelte Edgar Jung systematisch alle gegen Hitler oppositionell gerichtete Kräfte (Reichsbannerleute, Gewerkschaftler, Zentrumsanhänger, Sozialdemokraten und Offiziere der Reichswehr) um einen Sturz der Hitler-Regierung vorzubereiten. Sein Plan war, mit Unterstützung massgeblicher Offiziere der Reichswehr, den Reichspräsidenten, dem das Recht zur Entlassung von Reichsministern auch nach dem Ermächtigungsgesetz noch zustand, in dieses Unternehmen einzuschalten. Dieses Unternehmen hätte grösste Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn Papen sich der Opposition gegen Hitler im damaligen Zeitpunkt voll und ganz zur Ver-

fügung gestellt hätte. Da ich der Verbindungsmann zwischen Edgar Jung zu den Widerstandskreisen in Westdeutschland war und regelmäßig mit Jung gerade in diesen Wochen zusammentraf, bin ich über die von Jung eingeleitete Aktion genau im Bilde. Im Mai 1934 teilte mir Jung mit, er beabsichtige durch eine neue Papenrede das Alarmsignal für alle gegen Hitler in Opposition stehenden Kreise zu geben. Ich fragte ihn, ob er Papen noch für zuverlässig halte, er erklärte mir darauf, Papen müsse der Interventionshebel werden, selbst wenn er die Tragweite der Rede nicht völlig erkennen würde, genüge es, wenn die Dinge erst einmal in Fluss kämen. Papen habe bei Hitler Portier gespielt, jetzt müsse er eben für ihn, Edgar Jung, den Portier spielen. Die Marburger Rede war also von langer Sicht geplant mit einem ganz klar von Edgar Jung aus gesehenen, bestimmten politischen Zweck. Edgar Jung hat mir die Marburger Rede am 13. Juni 1934 im Lokal "Alte Klausur" am Kurfürstendamm zu lesen gegeben. Es ist unwahr, wenn Gisevius in seinem Buche "Bis zum bitteren Ende" behauptet, Edgar Jung habe diese Rede an einem Stammtische seinen Freunden vorgelesen. Papen dürfte diese Rede erst am 14. Juni 1934 übergeben worden sein. Er hat sie dann ohne wesentliche Änderungen am 17. Juni 1934 in Marburg gehalten.

Am 25. Juni 1934 wurde Edgar Jung in Berlin von der Gestapo verhaftet. Papen erfuhr von dieser Verhaftung bereits am folgenden Tage und hat auch, wie ich durch den ebenfalls ermordeten Oberregierungsrat von Bose erfuhr, mit Hitler über diese Verhaftung gesprochen. Er hat aber anscheinend nichts Entscheidendes getan, um die Freilassung Edgar Jung's, der nach einer Erklärung Hitlers, man habe ihn verhaftet, weil bekanntgeworden wäre, dass er der Verfasser der Marburger Rede sei, zu erwirken.

Papen wurde auch am 28. Juni über die Vernehmung der Sekretärin Edgar Jung's, Frau Fessmann, (jetzt Ehefrau des Herrn Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der "Deutschen Rundschau") Berlin-Charlottenburg, Mecklenburger Allee 22) durch Herrn von Bose unterrichtet. Trotz der Verhaftung Edgar Jung's und der Unterdrückung der Marburger Rede zeigte sich Papen in

diesen Tagen bei einem Hamburger Derby zusammen mit Goebbels. Am 28. Juni abends gegen 9 Uhr erfolgte die Verhaftung von Dr. Franz Mariaux, dem damaligen Vertreter des Ulstein-Verlags in Paris, in Berlin-Wilmersdorf. Da ich diese Verhaftung beobachten konnte, gab ich sofort Herrn Oberregierungsrat von Bose telefonisch davon Mitteilung. Am anderen Tage, am 29. Juni, gegen Mittag habe ich das letzte Mal mit Herrn von Bose in seinem Dienstzimmer in der Vizekanzlei gesprochen und ihn über alle Einzelheiten der Verhaftung von Dr. Mariaux unterrichtet. Herr v. Bose erklärte mir, Papen sei von ihm sofort informiert worden. Ich wies auf die ungeheure Gefahr hin, in der sich sowohl Edgar Jung als auch Dr. Mariaux befänden. Es war uns bekannt, dass sie von der Gestapo festgesetzt worden waren. Ich machte Herrn v. Bose darauf aufmerksam, dass die Gestapo in diesem Falle vor keinem Gewaltakt zurückschrecken werde und wir damit rechnen müssten, dass morgen oder übermorgen bekanntgegeben würde, Edgar Jung und Dr. Mariaux "seien auf der Flucht erschossen worden". Ich wies darauf hin, dass Papen als Stellvertreter des Reichskanzlers, zumal Hitler jetzt nicht in Berlin weile, unverzüglich handeln müsse, um die ungesetzliche Verhaftung dieser beiden Männer aufzuheben. V. Bose erkannte gleich mir den großen Ernst der Lage und versprach mir nochmals mit Papen darüber zu sprechen.

Nach der Unterredung mit Herrn v. Bose traf ich durch Vermittlung des jetzigen Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Dr. Heinemann, mit dem früheren Reichstagsabgeordneten Ernst Lemmer (jetzt 2. Vorsitzender der CDU in der Ostzone) zusammen. Ernst Lemmer bot mir dankenswerter Weise an, die Schweizer Presse über die Verhaftung von Edgar Jung und Dr. Mariaux zu informieren. Durch Vermittlung von Ernst Lemmer brachten die Zürcher Zeitungen tatsächlich am Vormittag des 30. Juni die Verhaftung von Edgar Jung und Dr. Franz Mariaux. Durch diese Pressemeldung konnte das Leben von Dr. Mariaux gerettet werden, weil die Weltöffentlichkeit sofort wusste, wer gemeint war, als Göbbels am Nachmittag des 30. Juni in

Institut für...

seiner Rundfunkrede behauptete "ein deutscher Journalist habe die Verbindung zwischen Schleicher und den Franzosen hergestellt".

Dadurch konnten Schritte zugunsten Dr. Mariaux unternommen werden, dagegen war das tragische Schicksal Edgar Jung's nicht mehr aufzuhalten. Er wäre gerettet worden, wenn Papen nicht so gewissenlos gewesen wäre, seinen Mitarbeiter in der Zeit vom 25. - 30 Juni 1934 völlig im Stich zu lassen.

Handschriftliche Unterschrift
gez.

Edmund Forschbach

Institut für Zeitgeschichte Archiv

2S-321/2-7

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 6868/84	Best. 2S321
Rep.	Kat. Ras

Schrift!
Kat. v. Her.

Veröffentlichung verboten!

Bericht des Rechtsanwalts E. Forschbach, Köln
über die Zeit vom 30.1.33 - 30.6.34.

(F. war deutschnationaler Abgeordneter, Katholik; später katholische Widerstandsgruppe Jung. Köln).

Als am 30.1.1933 das Kabinett Hitler gebildet wurde, war die bisherige sogenannte nationale Opposition keineswegs in sich einig und geschlossen. Die schon auf der Harzburger Tagung (11.10.31) zutage getretenen Gegensätze zwischen Hitler und Hugenberg hatten sich im Laufe des Jahres 1932, insbesondere gelegentlich der Reichspräsidentenwahlen, vertieft. Anfang 1933 rechnete man in politisch orientierten Kreisen nicht mehr damit, daß Hugenberg sich bereitfinden würde, als Minister einer Hitler-Regierung beizutreten. Als Hindenburg auf Nraten Papens Ende Januar 1933 zur Bildung des Hitler-Kabinetts schritt, hatte er daher bei Hugenberg die stärksten Widerstände zu überwinden. Hugenberg hat darüber in einer Sitzung des Reichsparteivorstandes der Deutsch-Nationalen Volkspartei im Februar 1933 die Schilderung gegeben. Er erklärte, er sei schließlich nur bereit gewesen, als Minister in die neue Reichsregierung einzutreten, nachdem ihm von Hindenburg und Hitler bindend zugesagt worden sei, daß der im November 1932 gewählte Reichstag nicht aufgelöst werde. Man habe die Absicht gehabt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nur die KPD aufzulösen und die kommunistische Mandat zu kassieren. In dem Kumpfreichtag habe man dann ein Ermächtigungsgesetz durchzusetzen wollen, um die Lebensdauer des neuen Kabinetts für vier Jahre sicherzustellen. Hitler habe sich aber an dieser Vereinbarung nicht gehalten und doch die Reichstagsauflösung beim Reichspräsidenten durchgesetzt. Hitler habe durch seinen Vorgänger, den General von Schleicher, eine Fälschung dazu zugespielt bekommen. Schleicher hatte - nach Hugenburgs Darstellung offenbar absichtlich - einen Brief Hugenburgs an ihn, der im August 1932 geschrieben worden war, in einer Mappe auf dem Schreibtisch des Reichskanzlers in der Reichskanzlei liegen lassen. Hitler mußte diesen Brief sofort nach seinem Amtsantritt auffinden. In diesem Briefe hatte Hugenberg General von Schleicher eingehend auseinandergesetzt, aus welchen Gründen Hitler niemals Deutscher Reichskanzler werden dürfe. Mit diesem Brief in der Hand konnte Hitler die Reichstagsauflösung beim Reichspräsidenten durchsetzen, um, wie er sich ausdrückte, das Volk entscheiden zu lassen.

In dem Reichstagswahlkampf griffen die neuen Nazi-Machthaber mit mancherlei ungesetzlichen Maßnahmen ein, z.B. fast völlige Unterdrückung aller SPD-Versammlungen, der gesamten SPD-Presse und Ausschaltung der KPD. Trotzdem gelang es den Nazis nicht, die erstrebte absolute Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Diese zu bekommen, griffen sie zu einem plumpen Trick. Der Reichstagspräsident Göring verweigerte den rechtmäßig gewählten KPD-Abgeordneten die Freifahrtkarten und stellte ihnen keinen Abgeordnetenausweis aus. Die meisten kommunistischen Abgeordneten befanden sich damals bereits in Haft. Die Aufhebung der Haft wurde mit der fadenscheinigen Begründung, es handle sich um eine Haft zum persönlichen Schutz dieser Abgeordneten, verweigert. Mit dieser zweifellos verfassungswidrigen Maßnahme wurde unmittelbar die KPD, mittelbar aber auch die Deutschnationalen Volkspartei getroffen; denn nachdem die Nazis mit dieser heilsamen Methode sich die absolute Mehrheit im Reichstag verschafft hatten, glaubten sie, die Deutschnationalen als Koalitionspartei entbehren zu können und gaben dies auch deutlich genug zu verstehen.

Schwieriger war die Frage der Annahme des Ermächtigungsgesetzes, die

Darin erkannte Edgar Jung mit Recht die völlige Ausschaltung Hindenburgs aus der Legislative. Hitler hat den entscheidenden Schritt, um für sich den Weg zur Parteidiktatur und ausschliesslichen Macht freizumachen. Jung rief sofort die Vizekanzlei telefonisch an und fragte, wer dort den Entwurf zum Ermächtigungsgesetz auf seine staatsrechtliche Bedeutung geprüft habe. Er bekam zur Antwort: Herr von Wedemeyer, ein früherer Oberleutnant, der von juristischen Dingen nichts verstand. Papen hatte sich offensichtlich in seiner oberflächlichen Art um nichts gekümmert. Jung und ich waren nun sofort darüber einig, dass alles aufzuhalten werden müsse, die Annahme dieses Ermächtigungsgesetzes im Reichstag zu verhindern. Er gab mir den Auftrag, entsprechend auf die Deutschnationalen einzuwirken. Ich konnte aber am Abend keine Verbindung mehr zu Mitgliedern der Deutschnationalen Reichstagsfraktion bekommen, weil diese in Rotterdam zu einer Sitzung versammelt waren. Wir trafen aber noch am gleichen Abend mit unseren Freunde Dr. Rudolf Pechel, dem Herausgeber der "Deutschen Rundschau" (nach langjähriger KZ-Haft jetzt in Berlin zusammen mit Kovifat., Herausgeber der "Neuen Zeit") zusammen, der den Zentrumsabgeordneten Dr. Hermann Josef Schmitt (jetziger Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln) mitbrachte, während Jung den Reichstagsabgeordneten der Bayrischen Volkspartei, Otto Graf, zu unserer Besprechung hinzuzog.

In unserer Besprechung, die sich über Mitternacht hinauszog, wurden wir uns über die schwere Gefahr, die das vorgeschlagene Gesetz in sich barg, völlig klar und erwogen alle Möglichkeiten einer Abänderung oder Ablehnung. Die beiden anwesenden Reichstagsabgeordneten versprachen, ihren Einfluss in den beiden Fraktionen in unserem Sinne aufzubieten. Dr. Schmitt vermittelte an anderen Tage eine Zusammenkunft zwischen Jung und dem Zentrumsabgeordneten Joos und nach seiner Erinnerung auch mit Brüning. Mit den meisten Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei war Jung selbst gut bekannt, vor allem bearbeitete er Ritter von Lex in unserem Sinne. Ich hatte am 21.3. nach dem Staatsakt in der Garnisonskirche in Rotterdam Gelegenheit, mit mehreren Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten zu sprechen. Die meisten waren unter dem Eindruck der außerordentlich geschickten Hitlerrede völlig unzugänglich und hätten am liebsten noch an diesem Tag einen Masseneinkauf in Hakenkreuzen veranstaltet. Verständnis fand ich bei den Abgeordneten Lawrenz, Steinhoff, Hembeck und den Gewerkschaftlern um den früheren Reichsverkehrsminister Koch aus Elberfeld, vor allem aber war der Fraktionsvorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Oberföhrer, Hitlers Ermächtigung durchaus abgeneigt. Er erkannte die gleichen Gefahren wie der Kreis um Edgar Jung. Als ich ihm andeutete, ~~maximal~~ dass sich im Zentrum Widerstände gegen die Annahme regten, sagte er mir, das würde die Lage möglicherweise grundlegend verändern. Er bat mich, ihn gegebenenfalls zu unterrichten. Am 22.3.33 setzte der Jung-Kreis seine Bemühungen intensiv fort. Durch den Abgeordneten Hembeck wurde zu unserer Besprechung der frühere Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Schütz, hinzugezogen, der in industriellen Kreisen großen Einfluss besaß. Brandt aus Dortmund, ein maßgeblicher Mann der Vereinigten Stahlwerke, war in diesen Tagen in Berlin anwesend. Durch ihn erhoffte man auf Eugenberg einwirken zu können. Wir suchten vor allem 1) die Ausschaltung des Promulgations- und Publikationsrechtes des Reichspräsidenten zu verhindern (Papen hatte gar kein Empfinden dafür, daß er sich damit selbst als "homo regius" absetzte und seine ursprüngliche Bedeutung im Reichskabinett verlieren mußte), 2) in den Schlußbestimmungen klar zu formulieren, das das Ermächtigungsgesetz außer Kraft treten müsse, wenn eine der Gruppen, die zur Zeit die Reichsregierung stützten, also Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm, der Regierung die Gefolgschaft aufkündigen sollte.

In letzteren Punkt ist Eugenberg zusammen mit seinem engsten Mit-

arbeiter, dem damaligen Staatssekretär Baug, einsam für seine Partei verhängnisvollen Interpretationsirrtum unterlegen. Ihm genügte die vorgeschlagene und später angenommene Fassung. Als von süddeutschen Abgeordneten in der Deutschnationalen Fraktion gerade gegen die Schlußbestimmungen opponiert wurde, soll Hugenberg, wie mir bald darauf von einem deutsch-nationalen Abgeordneten berichtet wurde, mit bissiger Ironie geantwortet haben, er verstehe die ganze Aufregung nicht, die Herren Abgeordneten sicherten sich doch durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes nur für vier Jahre ihre Diäten. Er war also der Auffassung, Hitler könne eine erneute Reichstagsauflösung nicht wagen, weil sonst das Ermächtigungsgesetz ausser Kraft trete.

In den Mittagsstunden des 23.3.1933 traf ich zufällig im Restaurant "Zum schwarzen Ferkel" mit Hugenberg zusammen; er speiste dort mit dem Abgeordneten Schmidt - Hannover. Da ich aufgefordert wurde, an ihrem Tisch Platz zu nehmen, ergriff ich die Gelegenheit, das Gespräch auf das Ermächtigungsgesetz zu bringen. Es war sozusagen die letzte Möglichkeit, fünf Minuten vor Zwölf; denn die entscheidende Reichstagsitzung stand unmittelbar bevor. Hugenberg war sofort verstimmt, daß ich überhaupt davon sprach, denn in dieser Angelegenheit war er offenbar in den letzten Tagen immer wieder angesprochen worden. Ich konnte immerhin auf die Bedeutung des Promulgations- und Publikationsrechtes des Reichspräsidenten zu sprechen kommen, da schnitt er mir schon das Wort ab und sagte, es habe gar keinen Zweck, darüber zu reden. Hindenburg selbst habe diese Regelung gewünscht. Er wolle nicht mehr mit jedem Gesetz, das die Reichsregierung herausbrächte, behelligt werden. Danach war jede weitere Erörterung des Themas mit Hugenberg unmöglich.

Der Abgeordnete Schmidt - Hannover, nahm mich im Anschluß an das Mittagessen mit in den Reichstag, wo ich auf der Tribüne als Zuschauer der Sitzung beiwohnte. Entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten im Deutschen Reichstag befanden sich außer den Abgeordneten und Regierungsvertretern im Sitzungssaal auch andere Personen, nämlich eine größere Anzahl von Uniformierten SA- und SS-Leuten, die offenbar genau bestimmte Stellen hielten und neben den Plätzen der Abgeordneten einnahmen. Die Sitzung begann mit der Regierungserklärung durch Hitler; seine Ausführungen über die Beziehungen der Reichsregierung zum Heiligen Stuhl wurden von einem Teil des Zentrums mit starker Zustimmung aufgenommen, während die Nazis sich an dieser Stelle schweigend verhielten. Nach der Regierungserklärung beantragte der Abgeordnete Dr. Bell (Zentrum) eine Unterbrechung der Sitzung, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In der darauf folgenden Pause berieten die Fraktionen des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei wiederum gemeinschaftlich. Über den Verlauf dieser Sitzung ist mir nichts Näheres bekannt. Unmittelbar nach Ende der Sitzung traf ich den Abgeordneten Otto Graf von der Bayrischen Volkspartei. Auf meine Frage nach dem Ergebnis der Sitzung erwiderte er mir, es sei nichts zu machen gewesen. Ich konnte noch vor Wiedereröffnung der Reichstagsitzung Oberfohren kurz informieren, daß das Zentrum zustimmen werde. Er hatte auf meine Mitteilung nur ein Achselzucken. Im weiteren Verlauf der Sitzung war bemerkenswert, daß einige Nazi-Abgeordnete, als Prälat Koss mit kritischen Äußerungen und verschiedenen Vorbehalten begann, laut lachten und sich in Mißfallenskundgebungen ergingen. Ich beobachtete deutlich, wie ihnen von Göring aus dem Präsidentenstuhl gewinkt wurde, ruhig zu sein. Die Nazi-Spitzen waren also darüber orientiert, daß das Zentrum zustimmen werde und wünschten deswegen nicht eine Störung der Rede Koss durch ihre eigenen Leute. Bei der Abstimmung selbst konnten sich die Abgeordneten unter dem Druck der in dem Sitzungssaal anwesenden SA- und SS-Männer fühlen. Einige von ihnen näherten sich bedenklich den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, die etwas zögernd aufstanden. Es wurden auch Rufe wie "Aufstehen!" laut.

Das Ermächtigungsgesetz fand dann bekanntlich unter Zustimmung aller im Reichstag noch zugelassenen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten seine Annahme. Damit war die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht, selbst wenn man die kommunistischen Mandate dazu rechnete.

Das Ermächtigungsgesetz war damit legal zustande gekommen, wenn man überhaupt dem Reichstag, in dem eine so starke Fraktion wie die der SPD verfassungswidrig ausgeschlossen war, das Recht einer gesetzgebenden Körperschaft nicht absprechen will. Von keiner Seite, auch nicht von den Sozialdemokraten, ist aber damals diese Frage auch nur aufgeworfen worden. Wenn man die Annahme des Ermächtigungsgesetzes als legal bezeichnet, so war seine Anwendung durch die Nazis vom ersten Augenblick ab illegal. Es wurde so gehandhabt, als wenn mit seiner Annahme die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt und damit die Grundrechte über die persönlichen und politischen Freiheiten abgeschafft worden seien. Dies zeigte sich bei der kurz darauf einsetzenden Gleichschaltungsaktion und der Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben. In den meisten Fällen hinkten die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Gesetze der Reichsregierung den von den Nazis durch Rechtsbruch und Gewalt geschaffenen Tatsachen nach.

Die Stimmung nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes war bei den meisten Regnern des Nationalsozialismus völlig defaitistisch. Damals wie heute wurde die Frage oft diskutiert, ob das Ermächtigungsgesetz zu verhindern gewesen wäre. Hitler hätte zweifellos im Falle einer Weigerung des Reichstages einen Gewaltakt versucht. Für einen großen Tumult im Reichstag würden die anwesenden SA- und SS-Männer gesorgt haben. Es ist möglich, über die weitere mögliche Entwicklung nachzudenken. Der entscheidende Fehler der bürgerlichen Parteien bestand darin, daß sie, wenn sie schon bereit waren, Hitler eine Ermächtigung zu geben, sich den Inhalt des Gesetzes von ihm diktieren ließen, anstatt mit ihm über die Modalitäten zu verhandeln. Damit nahmen sie sich bereits damals im Grunde die Möglichkeit zur weiteren Existenz. Insbesondere brachte die deutschnationale Volkspartei keine Kraft mehr zu selbständigen staatspolitischen Handeln auf. Der schärfste Gegner der Nazis in der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Oberführer, beging wenige Wochen nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes Selbstmord. Hugenberg beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Lösung der Fettfrage. Die Erledigung der Geschäfte des Parteivorsitzenden überließ er Herrn von Winterfeldt, einem frühzeitig gealterten Junker aus der Ostpregnitz. Als am 3.5.1933 der Parteivorstand der Deutschnationalen wieder zusammentraf, stand Hugenberg vor seiner Partei wie ein Bauer, dem die Petersilie rostlos vernagelt war. Er mußte bekennen, daß er in allen wichtigen Angelegenheiten in der Reichsregierung überangen, ja nicht einmal informiert wurde. Am Tage vorher hatte Ley die rechtswidrige Auflösung der freien Gewerkschaften brutal durchgeführt. Hugenberg hatte von dieser unser soziales Leben so einschneidend berührenden Maßnahme, wie er angab, durch die Zeitung erfahren. Bang, sein Staatssekretär, glaubte auf die verschiedensten Bedenken wegen der weiteren Entwicklung feststellen zu können, auch das Kabinett Hitler sei eine Koalitionsregierung aus Nazis und Deutschnationalen, die mit dem Austritt der Deutschnationalen ihr Ende fände. Als er darauf hingewiesen wurde, daß eine Entscheidung im einen oder anderen Sinne jetzt getroffen werden müsse, meinte Hugenberg, die Zeit sei dazu noch nicht reif.

Die Entwicklung schritt schnell weiter und führte bald zur Auflösung seiner und kurz danach auch der Zentrumspartei. Hitler wollte sich damals so stark durchzusetzen, daß am 17.5.1933 der Reichstag einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, eine Resolution annahm, in der die Außenpolitik der Reichsregierung gebilligt

wurde. In dieser Lage konnte nur vorsichtiges Abwarten und genaues Beobachten und für den, der dazu in der Lage war, Beeinflussung der Entwicklung von innen her in Betracht kommen. Diese Situation muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Vorgänge in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 richtig beurteilen will. Erst mit dem Jahreswechsel 1933/34 bahnte sich eine Wende an. Hitler hatte in dem neuen Reichstag, den er im November 1933 wählen ließ, zufällig nur ganz wenige Abgeordnete aufgenommen, die nicht Nazi waren. Vor Aufstellung der Liste hatte man in Kreisen des Reichsinnenministeriums davon gesprochen, daß etwa 80 bis 100 Abgeordnete, die nicht Mitglieder der NSDAP waren, dem neuen Reichstag angehören sollten. Auch Stegerwald und Severing sollten noch in diesen Reichstag aufgenommen werden. Es ist wohl richtig, wenn man vermutet, daß Goebbels alle diese Absichten vereitelt hat. In dem neuen Reichstag kam kein Vertreter der deutschen Arbeiterschaft. Die Nazis zeigten jetzt aber, nachdem dieser Reichstag da war, immer mehr ihr wahres Gesicht. Dem Nachdenken wurde im Frühjahr 1934 klar, daß Hitler auf einen neuen Weltkrieg hinarbeitete.

Jetzt wurde Edgar Jung, der sich auch eine Zeitlang zurückgehalten hatte und in dieser Übergangsperiode eine kleine Schrift "Die Sinngebung der deutschen Revolution" herausbrachte, wieder aktiv. Er trat überall als Kritiker und Warner auf. Im Hinblick auf die Aggressionsabsicht Hitlers verfaßte er eine eingehende Denkschrift, in der die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der europäischen Probleme nachgewiesen wurden. Er veranlaßte Papen, diese Denkschrift als eigene Arbeit dem Reichskabinett vorzulegen, gleichzeitig aber auch dafür zu sorgen, daß die andern Kreise im In- und Ausland von dieser Denkschrift Kenntnis erhielten.

Mussolini wird sie bei der Zusammenkunft mit Hitler in Venedig im Juni 1934 gekannt haben. Gerade die Spannung, die zwischen Hitler und Mussolini im Frühjahr 1934 bestand und die wachsende Enttäuschung in den breiten Massen des deutschen Volkes über die Politik der Nazis legten den Gegnern des Nationalsozialismus in diesem Zeitpunkt den Gedanken nahe, einen aktiven Vorstoß gegen das gesamte System zu unternehmen. Es rührten sich in diesen Monaten die verschiedensten Kreise innerhalb und außerhalb der Partei zum Vorstoß gegen das Gewaltregiment Hitlers. Der politisch bedeutendste Kopf unter den Freunden innerhalb der NSDAP war Haenschig, der damalige Staatspräsident von Danzig, der später durch brutale Gewalt und Bedrohung aus dem Amt gejagt wurde und in die Emigration gehen mußte. Mit ihm nahm Jung enge und ständige Fühlung.

Innerhalb der Vizekanzlei arbeitete Oberregierungsrat von Bose an intensivsten gegen die Nazis. Von Bose, Edgar Jung und Rudolf Pechel waren im Frühjahr 1934 Geist und Seele der antinationalsozialistischen Widerstandsbewegung in Berlin. Ihre Verbindungen gingen zu den verschiedensten Kreisen zur Reichswehr über Peter Weber, Dr. Schmitt und Dr. Köhr, der allerdings bereits im Frühjahr 1934 starb, zu den christlichen Gewerkschaften und auch zu früheren SPD-Kreisen. Im Ausland war in Paris vor allem Dr. Frans Mariens, der Verbindung zu Schleicher und Francois Loncet hatte, als Widerstandsmann tätig. Neben vielen anderen arbeiteten in Westdeutschland für den Jung-Kreis der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Johannes Schauff und Adalbert Probst von den katholischen Jungmannervereinen in Düsseldorf. Ende Mai 1934 erörterte Jung mit mir die Möglichkeit, durch eine neue Rede Papens die ganze Entwicklung in Fluß zu bringen. Er wollte, wie er sich ausdrückte, Papen noch einmal als Portier benutzen, der - wie er es bei Hitler getan habe - den neuen Männern die Tür öfne. Ich hegte Zweifel, ob Papen in wichtigen Augenblicken sich zuverlässig zeigen werde. Jung glaubte aber, es komme auf Papen selbst gar nicht entscheidend an. Er sei viel zu unbedeutend. Durch die geplante Rede sollte im Sinne einer Wächrtätigkeit auf die deutsche Öffentlichkeit gewirkt werden. Sie sollte

der Auftakt zu einer großen Aktion gegen die Willkürherrschaft sein, in die man den Reichspräsidenten einschalten hoffte. An manchen Abenden haben wir dann genauestens über die Gestaltung des Inhalts dieser Rede gesprochen. Im Juni 1934 bot sich eine Möglichkeit, sie vor der Marburger Universität halten zu lassen. Am 13.6.1934 hatte Jung die Rede fertiggestellt. Unmittelbar nach dem Diktat kam er mit der fertiggeschriebenen Rede in ein Lokal am Kurfürstendamm, wo ich auf ihn wartete. Wir sind dann die Rede noch einmal durchgegangen. Ich habe das ganze Manuskript gelesen. Gegen alle spätere Legendenbildung kann ich nur feststellen, es war der gleiche Text, abgesehen von ganz wenigen Zusätzen, die Papen offenbar später selbst machte, der als die berühmte Marburger Rede am 17.6.1934 bekannt wurde. Jung und niemand anders ist der Verfasser dieser Marburger Rede.

Die Rede sollte nach einer Vereinbarung der Vizekanzlei mit dem Propagandaministerium über alle deutschen Sender verbreitet werden. Ich äußerte Jung gegenüber Bedenken darüber, ob Goebbels sich an diese Absprache halten werde, und wies darauf hin, daß mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß die Radioübertragung nicht oder nur eingeschränkt erfolgen werde. Daher machte ich den Vorschlag, die Rede gleich drucken zu lassen, damit man sie wenigstens gedruckt verbreiten könne. Mit der Möglichkeit, daß man es wegen würde, die Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers zu verbieten, rechneten wir damals noch nicht. Dieser Vorschlag von mir wurde von Jung an die Vizekanzlei weitergegeben und die "Germania" in Berlin mit dem Druck der Rede beauftragt. Als Papen am 17.6.1934 in Marburg seine Rede hielt, erfolgte unmittelbar die Übertragung nur über den Frankfurter Sender. Man gab technische Gründe vor, warum die Rede nicht gleichzeitig auf alle deutschen Sender übertragen wurde. Es wurde aber der Vizekanzlei durch das Propagandaministerium fest versprochen, die Sendung zu einem gelegeneren Zeitpunkt am gleichen Tage noch über alle deutschen Sender zu wiederholen. Goebbels wollte auf diese Weise natürlich nur zunächst von der Rede Kenntnis nehmen, um dann die Übertragung, wie es tatsächlich geschehen ist, absagen zu können. Noch am gleichen Tage (der 17.6.34 war ein Sonntag) wurden die bei der "Germania" gedruckten Exemplare in der Druckerei beschlagnahmt. Dem Setzer überließ man nur zwei Exemplare, weil er darum für Kalkulationszwecke bat. Trotzdem war die Wirkung der Rede in allen Kreisen ungeheuer. Hindenburg telegraphierte von Neudeck aus und stimmte zu. Hitler, der gerade von Venedig kam, wo er sich eine empfindliche diplomatische Schlappe geholt hatte, sagte noch am gleichen Tag in einer Rede vor den Thüringer Nazis: "Es nagt ein Wurm im Holz, der zertreten werden muß". Die Rede, die nur von der "Frankfurter Zeitung" in der Lokalausgabe gebracht worden war, sonst aber in der gesamten deutschen Presse vollkommen unterdrückt wurde, wurde auf die verschiedenste Weise illegal verbreitet. Diese unterirdische Propaganda war so stark, daß die Nazis zu einem Gegenschlag ausbrechen zu müssen meinten. Am 25.6.1934 wurde Edgar Jung in den Abendstunden in seiner Wohnung in Wilmersdorf durch die Gestapo verhaftet. Er war eben im Begriff, das Haus zu verlassen und konnte noch im letzten Augenblick an die Tür seines Badezimmers die Worte "Gestapo" einkritzeln. So waren wenigstens seine Freunde darüber unterrichtet, was mit ihm geschehen war. Nachdem ich noch am 25.6.1934 mit Johannes Schauf die nächsten Aktionen als Auswirkung der Marburger Rede für Westdeutschland besprochen hatte, fuhr ich am 27.6.1934 nach Berlin und erfuhr dort sofort nach meiner Ankunft die Verhaftung von Edgar Jung. Pechel sagte mir, Papen habe unversüßelt eine Bemerkung bei Hitler unternommen und nach dem Grund der Verhaftung Jungs gefragt. Hitler habe ihm geantwortet, es sei bekannt geworden, daß Edgar Jung die Marburger Rede verfaßt habe. Darauf habe Papen erwidert: "Wenn einer wegen der Marburger Rede verhaftet werden soll, dann verhaften Sie mich." Hitler habe Papen in dem Gespräch darauf hingewiesen, daß er sich schon seit langem mit den Ideen Jungs beschäftigt und sie für sich ganz entschieden ablehnen müsse, deshalb bedauere er außerordentlich, daß die Zusammenarbeit zwischen ihm und Papen durch

die Tätigkeit Junges erheblich gestört werde. Anschließend an die Verhaftung von Jung sei eine Hausdurchsuchung in dessen Wohnung vorgenommen worden; dabei habe man außerordentlich belastendes Material über Verbindungen von Jung zu der österreichischen Dollfuß-Regierung gefunden. Papen konnte darauf nicht direkt etwas erwidern. Es hat sich aber offenbar um einen Bluff von Hitler gehandelt. Mir ist über eine derartige Verbindung Junges nie etwas bekannt geworden, wohl hatte ich Jung kurz vorher eine in der Schweiz erschiene Broschüre "Die Glaubensnot der Katholiken" übergeben und einige Nummern der Mitteilungen des österreichischen C.V. gegeben. Papen gab sich mit der Versicherung zufrieden, daß die Angelegenheit sorgfältig bearbeitet werde und er Aufklärung bekommen würde. Den Freundeskreis von Jung setzte es schon raslos in Brestauen, als durch die Presse bekannt wurde, daß Papen trotz der Verhaftung Junges und der brüskalen Maßnahmen des Propagandaministeriums gegen ihn noch in Hamburg bei einem Derby mit Goebbels zusammen auftrat. In der Vizekanzlei selbst wurden wir damit beruhigt, daß dies nur zum Scheine geschehe und Maßnahmen bevorstünden.

Am 28.6.1934 war nachmittags Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, längere Zeit bei Papen in der Vizekanzlei. Er wurde durch Papen und den bei der Unterhaltung anwesenden Oberregierungsrat von Bode über alle Vorgänge unterrichtet. Ich habe wenigstens Minuten nach Beendigung dieser Unterredung Bode selbst gesprochen. Er berichtete mir, was erörtert worden sei, und sagte, Oskar von Hindenburg werde seinem Vater genaues Bericht erstatten und habe Papen aufgefordert, gegen Ende der Woche nach Heudeck zu kommen, damit die gegen Goebbels zu ergreifenden Maßnahmen dort durchgeführt werden könnten. Er deutete dabei an, daß mit einer Entlassung Goebbels als Minister durch den Reichspräsidenten zurechnen sei. In der gleichen Stunde traf ich im Vorzimmer der Vizekanzlei den Journalisten Dr. Franz Mariaux, der eben von Paris gekommen war und Edgar Jung in seiner Wohnung vergeblich gesucht hatte. Er wußte von der Verhaftung noch nichts. Ich informierte ihn entsprechend, und er sagte mir nun, er habe in der Wohnung von Jung seine Koffer stehen lassen und wolle diese wieder herausholen. Wir fuhren beide zusammen in einem Auto nach Wilmerdorf, dort wartete ich vor der Tür in einem Abstand auf die Rückkehr von Mariaux. Dieser kam zwar nach wenigen Minuten zurück, befand sich aber in Begleitung von einigen Zivilisten, die offenbar Gestapo-Besatzte waren. Mariaux wurde sofort in ein Auto gesetzt, das dann davon fuhr. Von dieser Verhaftung gab ich in getarnter Form Bode sofort telefonisch Kenntnis. Gleichzeitig informierte ich Dr. Pechel. Am andern Tage kam ich durch Vermittlung des Rechtsanwalts Dr. Heinemann aus Bassen mit dem früheren demokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Lemmer zusammen. Auch mit ihm wurden kurz zuvor die Ereignisse der letzten Tage besprochen. Er hat berichtet sofort hierüber an die "Zürcher Neueste Nachrichten", die am andern Tage die Mitteilung von der Verhaftung Junges und Dr. Franz Mariaux brachten. In den frühen Nachmittagstunden war ich noch einmal in der Vizekanzlei zu einer Besprechung der Lage mit Oberregierungsrat von Bode. Bode hatte eigenartige Mitteilungen aus München bekommen, wonach der dortige bayerische Ministerpräsident Siebert abgesetzt sei und an seine Stelle der SS-Organisationenführer Schmidhuber Ministerpräsident geworden sein sollte. Es ist immerhin möglich, daß diese Gerüchte der Vizekanzlei angeflüstert und zugebracht wurden, um die über die wahre Lage zu täuschen. Denn Dr. Goebbels muß bereits am 29.6.1934 von der ihm drohenden Gefahr, als Minister abgesetzt zu werden, unterrichtet worden sein. Wahrscheinlich steht damit auch seine plötzliche Reise nach Godesberg zu Hitler im Zusammenhang. Dort wurde bekanntlich der endgültige Entschluß gefaßt, alle Widerstandskreise brutal niederzuerwerfen.

Die Ereignisse des 30.6.1934 sind allgemein bekannt. Hitler hat es in seiner Reichstagsrede vom 12.7.1934 so hingestellt, als seien an der

- 9 -

Revolte gegen ihn nur homosexuelle SA-Führer und einige Intriganten aus der Generalität beteiligt gewesen. Das großer, weit verzweigter Widerstandskreis im Wehrkreis war und auch der Reichspräsident möglicherweise sich eingeschaltet haben würde und so ganz legal ein Sturz des Hitler-Kabinetts in Frage stand, hat er wohlweislich verschwiegen. In Berlin hatte Göring die Aufgabe übernommen, alle Anhänger des Widerstandskreises zu beseitigen. Edgar Jung wurde in dem Gebäude der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße auf bestialische Weise ums Leben gebracht, von Bose in den Räumen der Vizekanzlei erschossen, ebenso wurde Adalbert Probst ermordet, und gleichzeitig ließ Göring "in Ausweitung" des ihm erteilten Auftrages "den für ihn persönlich unbequemen früheren Polizeichef in Preußen, Hr. Bruch Klusener, ums Leben bringen."

Die Verbindung zur Reichswehr, die von Jung-Kreisen aus bestanden hatte, führte zu keinem Angriffen der Wehrmacht in diesen kritischen Stunden gegen Hitler. Es mag daran gelegen haben, daß General von Fritsch, der selbst kurz vorher den früheren Chef der Heeresleitung, von Hammerstein-Bequard abgelöst hatte, noch nicht entschlossen genug war, den Kampf gegen Hitler und sein Gewaltregiment aufzunehmen.

Hitler gab durch den 30.6.1934 der Generalität einen Scheinerfolg, durch den diese später bewogen wurde, nach dem Tode von Hindenburgs ihn auch als Oberbefehlshaber der Reichswehr zu zuerkennen. Wie folenschwer das passive Verhalten der maßgeblichen Männer in der Bendlerstraße in den kritischen Stunden des 30.6.1934 gewesen ist, wird ihnen selbst wohl spätestens am 4. Februar 1938, als auch General von Fritsch mit den niederträchtigsten Methoden aus dem Amt gejagt wurde, klar geworden sein. Von diesem Augenblick ab konnte Hitler feststellen, daß nunmehr auch die Wehrmacht seine Außenpolitik unterstützen werde. Der Weg zur Aggressionspolitik, die auf die Invasion in Österreich, die erpreßte Abtretung der Sudetenlande und den Marsch nach Prag in den zweiten Weltkrieg führte, war frei geworden.

Prof. Dr. Edmund Forechbsch
Köln-Lindenthal
Universitätsstr. 31

Niederschrift angefertigt am 17.X.1945.

(1953)

(Dr. Krausnick)

Notiz

Über Mitteilungen von Ministerialrat Forschbach zur Vorgeschichte des 30. Juni 1934.

→ Brief: Reichswehr in Preußen Allgem. Kenntnis

we. u.!

H. Bepowen

Quelle: Reichswehr

Edgar Jung wollte, als er Papen zu seiner Marburger Rede veranlasste, einen Gegenschlag von Goebbels provozieren (der bekanntlich mit dem Verbot, die Rede zu veröffentlichen, auch erfolgt ist). Papen sollte dann nach Neudeck fahren und im Hinblick auf das Verbot, die Rede des Vizekanzlers zu veröffentlichen, bei Hindenburg die Entlassung von Goebbels erwirken. Papen sollte diese Entlassung gegenzeichnen, aber Papen machte nicht mit. Am 28. 6. fand eine Besprechung Papens mit Oskar von Hindenburg statt, wobei der Plan des Herrn von Bose, in Verbindung mit der Reichswehr einen Schlag gegen Röhm und Hitler zu führen, erneut aufgegriffen wurde. Oskar von Hindenburg soll (laut Forschbach) Papen aufgefordert haben, die Urkunde der Entlassung Goebbels' in Neudeck abzuholen. Goebbels, der dies erfahren habe, soll Hitler sofort davon Kenntnis gegeben haben. Dies soll die "bedrohliche Nachricht" sein, die Hitler damals erhalten hat (vgl. seine Reichstagsrede vom 13. 7. 1934).

Bose war von den geplanten Massnahmen gegen Röhm wahrscheinlich unterrichtet. Er hatte vermutlich Beziehungen zu den Kreisen, die Röhm beseitigen wollten. Allerdings hat er nicht erwartet, dass die Aktion gegen Röhm so schnell zur Auslösung kommen würde, was eben deshalb geschah, weil Goebbels in der geplanten Aktion Papens gegen ihn eine ausserordentliche Gefahr sah. Forschbach teilte am 28. Juni die Verhaftung Dr. Mariaux' Bose mit, der sie jedoch ruhig aufnahm, da er seine eigene Aktion für dicht vor ihrer Verwirklichung stehend hielt. - Die "Vizekanzlei" sei kein homogener Kreis gewesen, keiner habe genau gewusst, was der andere tat. Bose sei jedoch der geniale Verschwörer in diesem Kreis gewesen.

Goebbels hat in einer Rede nach dem 30. Juni von einem Journalisten gesprochen, der die Verbindung zwischen Schleicher und den Franzosen hergestellt habe. Das ist nach damaliger Auffassung Dr. Franz Mariaux gewesen. Das französische Botschaftsmitglied Arnal wusste, was er von der Meldung der Schweizer Presse zu halten hatte, dass Edgar Jung und Dr. Mariaux verhaftet seien, und unternahm einen Schritt zu Gunsten von Dr. Mariaux, der

Institut für... (Watermark)

Rz. ~~Ap. ~~Hand~~~~ ~~Hand~~

II/38 Fragen: Forderung e. Bede (Forderung, Uebers., Forderung: Bede-Nachsp.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Handwritten notes and markings on the right side of the page, including a vertical line and some illegible scribbles.

daraufhin noch am 30. Juni aus der Prinz-Albrecht-Strasse (Gestapo) nach dem Polizeipräsidium, d. h. in ein normales Gefängnis, überführt wurde. Herr Forschbach bemerkt dazu, an der Behauptung betreffend Dr. Mariaux sei lediglich wahr, dass Jung mit Schleicher im Frühjahr 1934 eine Unterredung gehabt habe. Es habe sich dabei um folgendes gedreht: Wenn die Reichswehr die SA niederschlug, dann bestand die Gefahr, dass die entmilitarisierte Zone berührt wurde. Aus diesem Grund habe Schleicher sich rechtzeitig bei den Franzosen decken wollen.

Nach der Darstellung von Ministerialrat Forschbach hat Papen seine Marburger Rede im D-Zug nach Marburg am Tage vorher zum ersten Mal gelesen. Er habe sich dagegen gewehrt, sie in dieser Form zu halten. Sein Begleiter, Herr von Tschirschky, habe Papen darauf erklärt, er habe geglaubt, dieser kenne die Rede bereits. Im übrigen [stehe sie bereits in der ausländischen Presse] oder sei ihr doch inhaltlich bereits mitgeteilt. Papen habe darauf resigniert erklärt, dann müsse er die Rede ja wohl halten.

Herr von Tschirschky hat diese Darstellung in einer von Punkten berichtigt. Herr von Papen habe die Rede zwar bereits vorher gekannt, jedoch im D-Zug daran Berichtigungen vornehmen wollen. Im übrigen hat sich der weitere Verlauf der Unterredung Papen - Tschirschky dann im wesentlichen so abgespielt, wie Herr F. es darstellt.